Der „Saskatchewan Courier“
ist die größte deutsche Zeitung in West-Canada u. wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.“, Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen in West Canada

THE "SASKATCHEWAN COU
is the largest German newspaper in Saskatchewan. It is by far medium to reach the many prosp mans in city and country. Adverti on application. Published every W at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in adv
P. O. Drawer 505. - - - - - Teleph

1819 Scarth Str. Room

5. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 17. April, 1912. — No. 25.

Die Zeichen mehren sich.

Seit Wochen hat das offizielle Parteiblatt der Großinteressen-Haultain Partei, die „Daily Province“, ihren Lesern und dem Lande weismachen versucht, daß die Liberale Partei in Saskatchewan und die Scott-Regierung in den letzten Zügen lägen. Daß in der bevorstehenden Wahl nicht nur sämtliche Kabinettsminister sicher unterliegen würden, sondern daß außerdem die Liberale Partei in Saskatchewan durch eine überwältigende Mehrheit der konservativen Wählerschaft der Provinz von der Bildfläche unseres politischen Lebens fortgeschwemmt werden würde. Der Umstand, daß einige Beamte der Provinzial-Verwaltung ihre Stellungen aufgegeben hatten, wurde von dem wahrheitsliebenden Mundstück Herrn Haultain's dahin ausgelegt, daß „die Ratten das sinkende Schiff verlassen!“

Welche Gründe nun auch die betreffenden Herren (es handelt sich hierbei namentlich um den ehemaligen Deputy-Minister für Eisenbahnen und Telephone Herrn S. P. Porter, und um den ehemaligen Deputy-Minister für öffentliche Arbeiten, Herrn F. J. Robinson) für ihre nachgesuchte Entlassung gehabt haben mögen, so sind es sicher nicht die von der „Province“ vorgeschobenen, denn beide Herren nehmen noch heute lebhaften Anteil an den Vorbereitungen für die kommenden Wahlen, und zwar im Interesse der Liberalen. Was aber die „Province“ zu ihrer weisen Schlußfolgerung veranlaßt, ist wohl, daß der Wunsch der Vater des Gedankens war.

Wie weit gefehlt die konservative Presse mit ihren Prophezeiungen von einem bevorstehenden Niedergang der Liberalen in unserer Provinz hat, geht aber mit täglich klarer werdender Deutlichkeit hervor aus den sich dauernd mehrenden Uebertritts-Erklärungen von bisherigen Anhängern des Hon. F. W. G. Haultain in das Lager der Liberalen. Es sind dies aber nicht nur vereinzelte Fälle, in denen ehemalige Konservative von geringem Einfluß ihre Unzufriedenheit mit ihrem bisherigen Parteileiter auf diese Weise zum Ausdruck bringen, sondern es handelt sich in den für uns interessanten Fällen um Männer, die selbst in der Partei der Provinzial-Rechtler eine hervorragende, ja oft leitende Stellung eingenommen hatten.

So hatte vor wenigen Wochen Herr John Evans von Rutana, welcher auf einer vor etwa achtzehn Monaten abgehaltenen Konvention als konservativer Kandidat für den Wahlkreis Saskatoon-Land aufgestellt worden war, sich geweigert, seine zu Gunsten von Reziprozität eingenommene Stellungnahme zu widerrufen, und wurde in Folge dessen durch die von Ottawa am Gängelband gehaltene Parteileitung veranlaßt, von der Kandidatur zurückzutreten. Auf der zu diesem Zweck einberufenen Konvention der Konservativen des Wahlkreises bekundete Herr Evans auf's Nachdrücklichste, daß er die von der Partei eingeleitete Kampagne gegen erweiterte Märkte als den Interessen unserer Provinz schädlich verdammen müsse, und daß er seine bereits früher kundgegebene Ueberzeugung nicht zu verleugnen gewillt sei. Auf der später abgehaltenen liberalen Konvention, auf welcher der bisherige Vertreter des Wahlkreises, Hon. Sutherland, wiederum als liberaler Kandidat aufgestellt wurde, erschien Herr Evans und äußerte sich unumwunden zu Gunsten des liberalen Kandidaten. Die Regierung des Hon. Walter Scott habe in ihrer Verwaltung und in ihren Plänen gezeigt, sagte Herr Evans, daß ihnen das Wohl unserer Provinz in erster Linie am Herzen liegen, und er habe seinen Grund, jetzt da er durch die unverzeihliche Handlungsweise Haultains und seiner Genossen vor die Wahl gestellt sei zu entscheiden, weshalb er nicht seinen vollen Einfluß des liberalen Kandidaten geltend machen sollte. Herr Evans stand aber in seinen Aeußerungen durchaus nicht allein als bisheriger Konservativer in dieser liberalen Versammlung, denn mit ihm waren mehrere andere Herren erschienen, die bisher eifrig und einflußreich für Haultain und seine Partei gewirkt hatten, unter diesen namentlich auch Herr Geo. L. Smith von Smithville, ein Mann, der bisher als einer der Hauptstützen der Provinzial-Rechtler im Saskatoon-Bezirk gegolten hatte, und der in nicht mißzuverstehenden Ausdrücken seine Unterstützung dem Scott-Kandidaten zusicherte.

In Herrn Haultain's eigenem Wahlkreise von South Qu'Appelle steht ihm in der Person des Herrn David Railton aus Sintaluta einer seiner früheren eifrigen Anhänger als Gegenkandidat gegenüber, der sich durch den von Haultain an der Volkssache verübten Verrat veranlaßt gesehen hat, seinen bisherigen Führer zu verlassen. Herr Railton läuft zwar als ein Unabhängiger, hat sich aber mit der von der Scott-Regierung verfolgten Politik in allen wesentlichen Punkten einverstanden erklärt und der Liberalen Partei seine Unterstützung im Hause zugesagt, wenn er sich auch auf ein festes Partei-Programm nicht hat binden wollen. Und wenn man den vielfach laut gewordenen Auslassungen anderer früherer Anhänger Haultains in diesem Wahlkreis nur einige Bedeutung beimessen darf, so dürfte der konservative Führer einen sehr schweren Kampf vor sich haben, wenn es ihm gelingen soll, seine eigene Haut zu retten.

Ein besonders harter Schlag für die konservative Partei in Saskatchewan war es, als auf der kürzlich in Melford abgehaltenen liberalen Konvention der bisherige Vertreter des nunmehr geteilten Kinistino Wahlkreises, Herr G. B. Johnston, sich von seiner Verbindung mit der Haultain Partei lossagte und die ihm angetragene liberale Kandidatur annahm. Herr Johnston war der einzige von den früheren konservativen Provinz-Abgeordneten gewesen, der unentwegt und ohne jegliche Einschränkung auf seinem am 8. März 1911 eingenommenen Standpunkt zu Gunsten von Reziprozität beharrt hatte, als alle anderen seiner Parteigenossen, mit Ausnahme des sehr zögernden, sich hinter allerlei Klauseln deckenden Herrn Tate, die Schwenkung ihres Führers in die von Ottawa vorgeschriebene Parteirichtung mitmachten. Auf der Konvention in Melford erklärte er, da nicht er die Provinz-Rechtler Partei verlasse, sondern daß Herr Haultain und sein Gefolge die Partei-Prinzipien, unter denen er bisher vereint mit ihm gekämpft habe, über Bord geworfen habe; die Scott-Regierung dagegen habe bewiesen, daß sie für die Forderungen der ursprünglichen Provinz-Rechtler mehr Verständnis habe, als ihr ehemaliger Führer, und es stehe nichts dem im Wege, daß er mit gutem Gewissen und offener Stirn als ein Kandidat der Regierung vor seine bisherigen Wähler trete.

Und wie G. B. Johnston gehandelt, so tat es nunmehr auch noch ein anderer der bisherigen Führer der Provinzial-Rechtler in Saskatchewan, Herr S. R. Moore, der Redakteur u. Herausgeber der „Sun“ von Swift Current. Sam Moore, ehemals Herausgeber der konservativen Zeitung „The West“ in Reging, welche später in die „Province“ umgewandelt wurde, war, wie er auf der am Freitag in Notre Dame abgehaltenen Konvention der Liberalen von Pinto Creek, dem neuen im Süden von Moose Jaw abgetrennten Wahlkreise, sich äußerte, selbst im Jahre 1905 einer der Gründer der Provinzial-Rechtler Partei gewesen, und hatte bei den Wahlen in jenem Jahre wie in 1908 als Hauptorganisator der Partei gewirkt und als solcher regen Anteil an den Geschicken der Partei genommen. Herr Haultain, der Leiter derselben, habe die Partei über Bord geworfen und sich den Dominion Konservativen angereiht. Namentlich in seiner Haltung in der Reziprozitäts-Frage, welche für das Volk von Saskatchewan von so ungeheurer Bedeutung sei, Herr Haultain habe sich der Ansicht der Dominion Konservativen angeschlossen und Freieren Handel und Weitere Märkte bekämpft, und habe im Hinblick auf diese Frage die Rechte der Provinz verlassen und aufgegeben. Herr Moore fuhr fort zu versichern, daß er nach wie vor ein unerschütterlicher Anhänger Provinzialer Rechte sei, aber mit Rücksicht darauf, daß Herr Haultain die Farmer Saskatchewan's verlassen habe in dem Kampf um die wichtigste Frage, welche seit vielen Jahren dem Lande vorgelegen, und darauf, daß die Scott-Regierung in diesem Kampfe unerschrocken für die Rechte des Volkes eingetreten sei, habe er zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die Liberale Partei in Saskatchewan heute die wahre Partei der Provinzialrechtler sei; und nachdem er einmal zu dieser Erkenntnis gelangt sei, könne er nicht anders, als sein Gewicht für diese Partei in die Wage zu werfen, und der Scott-Regierung seine volle Unterstützung zu leihen. Herr Moore wurde von der Konvention einstimmig als liberaler Kandidat für Pinto Creek aufgestellt, und er ist der regen Unterstützung einer großen Anzahl seiner früheren Parteigenossen sicher.

Und solcher Fälle könnten wir noch eine ganze Reihe anführen, die beweisen, wie die ehemaligen Anhänger des Herrn Haultain seine Frontschwenkung in Sachen der Reziprozität aufs schärfste verdammen, und sich von ihm und seinem blinden Gefolge lossagen, um sich der liberalen Partei, der „wahren Partei der Provinzial-Rechtler“, wie Sam Moore sie nannte, zuzuwenden.

Sieht das aus wie Anzeichen dafür, daß das Schiff der Scott-Regierung im Sinken begriffen ist, daß die liberale Partei in Saskatchewan auf dem Punkt stehe, von der Bildfläche zu verschwinden? — Es müßte ein recht leichtgläubiges oder ganz urteilsloses Gefolge sein, das dem Leiborgan des Herrn Haultain auf seinen Gedankenflügen in's Land der Fabel folgen wollte. Unsere Wähler in Saskatchewan sind aber zum Glück viel zu verständig, um sich durch solche Phantasiegebilde betören zu lassen, und sie wissen recht gut zu beurteilen, wo sie ihre wahren Freunde zu suchen haben: ob in den Reihen der durch Befehle der Groß-Industriellen und Korporationen gelenkten Haultain Partei, die sie an den Geld-Moloch im Osten verkaufen wollte, oder in den Reihen der Liberalen, die für die Rechte der Provinz und ihrer Bewohner, und damit für die Rechte des Volkes in ganz Canada eingetreten sind.

Gefahren der Fortdauer des italienisch-türkischen Krieges.

Der angeblich beabsichtigten Friedensaktion der Mächte in Konstantinopel hat der türkische Minister des Aeußern soeben mit einer Entschiedenheit abgewinkt, daß die neuerlichen Bemühungen schwerlich weit gedeihen werden. Der Wortführer der osmanischen Regierung betont, daß diese es ablehnen müsse, die von Italien angebotenen Bedingungen zur Einstellung der Feindseligkeiten überhaupt nur in Erwägung zu ziehen. Erst muß der Erlaß zur Einverleibung von Tripolis zerrissen werden, ehe die Türkei sich auf irgendwelche Verhandlungen mit Italien einlassen kann. Die Zeit zu einer Vermittlung oder Interventionen ist augenscheinlich nicht reif. Die Türkei hält an dem Standpunkt fest, daß der Verzicht auf Tripolis für sie eine religiöse sowohl wie nationale Frage ist und daß sie der Annexion nicht zustimmen darf, ohne die eigene Existenz auf's Spiel zu setzen.

Inzwischen birgt der Krieg zwischen Italien und der Türkei weiter so viele Gefahr-Möglichkeiten in sich, daß der Brand jederzeit auch auf die europäische Türkei übergreifen kann. Italien hat sich zwar sogleich bei Beginn des Krieges feierlich verpflichtet, den Status quo auf der Balkan-Halbinsel nicht anzutasten, und es weiß, daß der erste feindliche Schritt auf dem Gebiet der europäischen Türkei den Zusammenstoß mit anderen Mächten zur Folge haben müßte. Man erinnert sich auch in Rom, welche Erregung schon das Bombardement einiger türkischer Kanonenboote durch das Geschwader des Herzogs der Abruzzen vor Prevesa hervorgerufen hat, und man gab damals eiligst die Zusicherung, fortan keinerlei kriegerische Operationen mehr im Adriatischen oder Jonischen Meer vorzunehmen.

Aber der Funke, der das Balkan-Pulverfaß in die Luft sprengen müßte, könnte jeden Augenblick auch von einem der Balkanstaaten selbst oder von einer neuen innerpolitischen Umwälzung in der Türkei ausgehen. Einen der ernstesten Gefahrenherde bilden die Zustände auf Kreta. Die Pforte hat sich abermals veranlaßt gesehen, bei den Mächten Protest zu erheben gegen neuerliche Ermordungen von Mohammedanern und die Anwendung griechischer Gesetze auf Kreta. Außerdem ist die Tätigkeit der mazedonischen Revolutions-Komites bedenklich gewachsen.

Die vorhandenen Gefahren werden in's Ungemessene gesteigert durch die offenbare Entschlossenheit der Türkei, nicht in die Bedingungen Italiens zu willigen. Unter solchen Umständen erscheinen alle Anstrengungen der Mächte, zwischen den beiden Kombattanten Frieden zu stiften, einstweilen aussichtslos. Die energische Erklärung des türkischen Ministers ist zweifellos dazu bestimmt, irgend welchen Einmischungs-Gelüsten gewisser Mächte einen gehörigen Dämpfer aufzusetzen.

Home Rule für Irland.

London, 11. April. — Die Home Rule Vorlage für Irland wurde heute Nachmittag von Premierminister Asquith im Unterhause eingebracht. Es ist dies innerhalb des letzten viertel Jahrhunderts der dritte Versuch der liberalen Regierung des vereinigten Königreiches, den Streit zwischen Großbritannien und Irland beizulegen.

Der offizielle Titel der Vorlage ist: „Vorlage über die Regierung von Irland.“

Als der Premierminister sich erhob, wurde er mit anhaltenden Hochrufen von den Bänken der Liberalen und Nationalisten begrüßt. Er begann seine Rede mit einer Anknüpfung an den Stand der Home Rule Frage, in welchem sie von dem verstorbenen William Gladstone vor neunzehn Jahren zurückgelassen wurde, und betonte, daß durch alle politischen Veränderungen, durch Krieg und Frieden das irische Volk an seinem Verlangen nach Home Rule entschieden und ausdauernd festgehalten habe. Die überwiegende Mehrheit des irischen Volkes habe für Home Rule gestimmt, und es könne einer kleinen Minorität in Ulster nicht länger gestattet werden, sich dem Willen der großen Mehrheit des irischen Volkes entgegen zu stellen.

Er habe die Sache der Home Rule in Irland stets als einen Teil einer großen Umwälzung dargestellt. Die verschiedenen Ansprüche der Teile des vereinigten Königreiches könnten niemals in angemessener Weise befriedigt werden, wenn sie nicht ihren eigenen Repräsentanten übergeben würden.

Das wichtigste Prinzip der jetzigen Home Rule Vorlage bestehe darin, daß das Reichsparlament die höchste Autorität bilde, während Irland gleichzeitig, entsprechend den Wünschen seiner Bevölkerung wirkliche Selbstregierung erhalte.

In der Vorlage ist die Schaffung eines irischen Parlaments vorgesehen, das aus einem Senat und einem Unterhause bestehen und die Macht haben soll, Gesetze für den Frieden, die Ordnung und die Regierung in Irland zu machen. Der Kontrolle dieses Parlaments sollen folgende Gegenstände entzogen werden: die Krone, die Armee und Marine, Reichsangelegenheiten, irische Landkäufe, Alterspensionen, nationale Versicherungs-Gesetze, die irische Gendarmerie, die Postsparkassen und die öffentlichen Anleihen, ferner das Zollwesen, das bereits in der Home Rule Vorlage von 1893 der Kontrolle der Reichsregierung vorbehalten worden war. Die irische Gendarmerie soll der irischen Regierung nach sechs Jahren ohne weiteres übergeben werden, und, falls das irische Parlament die Uebergabe der Alterspensionen und Versicherungen verlangt, so sollen ihm diese nach Ablauf eines Jahres übergeben werden. Das irische Parlament soll nicht das Recht haben, das Home Rule Gesetz zu ändern, oder an den Kronrat zu appellieren.

In der Vorlage ist der Schutz der religiösen Freiheit vorgesehen, und das irische Parlament kann keine Gesetze erlassen, wodurch direkt oder indirekt eine Staatskirche eingerichtet wird, wodurch die freie Ausübung einer Religion verhindert, wodurch einer Religion ein Vorzug oder Privilegium eingeräumt oder eine religiöse Zeremonie als Bedingung für die Gültigkeit einer Ehe festgesetzt wird.

Der Statthalter von Irland soll das Recht haben, auf Ersuchen der Reichsexekutive eine Vorlage zu vetieren. Jede Frage über Auslegung der Home Rule Vorlage muß durch Appellation an das Justizkomite des Kronrates entschieden werden.

Der irische Senat soll aus vierzig Mitgliedern bestehen und das Repräsentantenhaus aus 164, von denen Ulster 59 und die Universitäten zwei stellen sollen.

Die Mitglieder des Senats sollen ernannt werden. Zuerst sollen die Ernennungen von der Reichsexekutive vorgenommen werden, mit der Absicht, eine angemessene Vertretung für die Minorität zu sichern. Die Ernennungen erfolgen für die Mitglieder auf eine bestimmte Zeit, doch ist die Dauer verschieden. Wenn die Mitglieder nach Ablauf ihres Termins ausscheiden, sollen die Vakanzen durch die irische Exekutive gefüllt werden. Falls die beiden Häuser sich nicht einigen können, sollen sie gemeinsame Sitzungen abhalten.

Der Statthalter ist das Haupt der Exekutive. Er soll ohne Rücksicht auf sein religiöses Bekenntnis ernannt werden, und zwar für einen bestimmten Termin.

Die Autorität der Exekutive ist von gleichem Umfange wie die des Parlaments. Die 164 Repräsentanten werden in den jetzt bestehenden Wahlkreisen gewählt, doch soll kein Wahlkreis weniger als 27,000 Einwohner haben.

Die Einziehung der Steuern bleibt Sache des Reiches; sie werden in die Reichskasse gezahlt, die der irischen Exekutive einen den Ausgaben entsprechenden Betrag davon überweist.

Außerdem wird an Irland im ersten Jahre die Summe von $2,000,000 gezahlt, im zweiten Jahre beträgt die Summe $250,000 weniger und so geht es weiter, bis die Summe auf $1,000,000 vermindert ist.

Das Postwesen geht an Irland über.

Das irische Parlament soll das Recht haben, die Reichssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer, Stempel- und Grundsteuer, herabzusetzen oder aufzuheben. Es soll ferner die Macht haben, die Verbrauchssteuern zu ändern, aber mit Ausnahme von Bier und Likören soll es nichts auf die Liste der steuerpflichtigen Gegenstände setzen, das mehr als zehn Prozent Ertrag bringt.

Die Vertretung Irlands in Westminster soll 42 Mitglieder betragen, je eins für 100,000 Einwohner.

Furchtbares Schiffsunglück.

Gerade bevor wir zur Presse gehen, erreichte uns Nachricht von einer der furchtbarsten Katastrophen in der Geschichte der Seeschiffahrt. Der neue Riesendampfer der White Star Linie, die „Titanic“, welche sich auf ihrer Jungfernreise von England nach New York befand, war nach drahtlosen Telegrammen des Dampfers „Virginian“ etwa 600 Meilen von Halifax mit einem Eisberg in Kollision gekommen und befand sich in Gefahr, so daß eine ganze Anzahl der schnellsten Eildampfer, welche sich in jenen Gewässern befanden und die drahtlosen Notrufe auffingen, zur Hilfe des Schiffes eilten. Nach den bis zum Montag Abend eingelaufenen Nachrichten schien es sicher, daß alle auf dem Schiff befindlichen Menschen, nämlich 1320 Passagiere und 860 Mann Besatzung, von den zur Hilfe eilenden Schiffen aufgenommen werden könnten, und daß es auch gelingen werde, den beschädigten Riesen in den sicheren Hafen zu schleppen.

Am Dienstag Morgen in früher Stunde eingetroffene Telegramme scheinen aber diese Hoffnung zu Schanden zu machen. Eine vom Dampfer „Olympic“ eingetroffene drahtlose Depesche berichtet, daß der Dampfer „Carpathia“ 675 gerettete Passagiers, meistens Weiber und Kinder, an Bord habe, und daß die „Titanic“ mit dem Rest der Passagiere und Mannschaften gesunken sei. Diese Nachricht wurde später dahin verändert, daß die Zahl der Geretteten auf 866 angegeben wurde, die aus den Booten des verunglückten Schiffes aufgelesen wurden. Selbst mit dieser erhöhten Zahl würde sich die Anzahl der Ertrunkenen, falls die Nachricht des „Olympic“ sich bestätigen sollte, immer noch über 1200 Menschenleben bei diesem entsetzlichen Unfall zu Grunde gegangen sein. Es bleibt nur noch der schwache Hoffnungsschimmer übrig, daß die anderen zahlreichen Dampfer, welche an die Unglücksstelle eilten, noch eine Anzahl Ueberlebender aus den schwimmenden Trümmern haben retten können.

Das Schiff, welches so auf seiner ersten Reise zu Grunde ging, wurde für die höchste Errungenschaft der modernen Schiffsbaukunst angesehen, und war mit einem Kostenaufwand von etwa $8,000,000 erbaut worden.

Canada und Westindien.

Ottawa, Ont., 9. April. — Der Minister für Handel und Gewerbe, George E. Foster, gab heute bekannt, daß ein Vertrag zwischen den Vertretern der Regierung der Dominion und des britischen Westindien bezüglich der Einräumung gegenseitiger Handelsvorteile negotiiert worden ist und daß die darauf bezüglichen Konferenzen heute zum Abschluß gekommen sind.

Dem Vernehmen nach ist man bei dem Abkommen den Vorschlägen gefolgt, welche die unter Lord Balfour of Burleigh stehende Handelskommission gemacht hat. Canada wird für Zucker, Früchte, Kakao, Melasse und andere westindische Erzeugnisse Zollvergünstigungen gewähren und Westindien wird Canada entsprechende Vorteile für Bauholz, Fische, Brotstoffe, Möbel und ähnliche Artikel einräumen. Durch Dampfersubventionen und Ermäßigung der Kabelgebühren gedenkt man, den Verkehr zwischen beiden Kolonien zu heben.

Neue englische Flottenstützpunkte im Atlantischen Meer?

Nach einer Mitteilung des sonst gut unterrichteten Pariser „Temps“ hätte Portugal ein neues Abkommen mit England abgeschlossen. Portugal soll die Azoren und die Kap-Verdischen Inseln befestigen, und England will die Mittel dazu vorstrecken.

Von den beiden Inselgruppen wurde zuletzt Ende Januar gesprochen, als englische Blätter eine Verständigung mit Deutschland befürworteten und die Aufteilung der portugiesischen Kolonien in Vorschlag brachten. Damals meinte der Londoner „Standard“, die englischen Strategen würden nichts dagegen haben, wenn Deutschland die Azoren erwürbe, um dort eine Kohlenstation zu errichten. Nur die Kap-Verdischen Inseln dürften nicht in Deutschlands Hände kommen, da sie unmittelbar an den großen englischen Seewegen lägen. Ein Jahr zuvor, bald nach der Revolution in Lissabon, hatte die Londoner deutschfeindliche „Daily Mail“ behauptet, man beabsichtige in Berlin die portugiesischen Inselgruppen im Atlantischen Meere zu deutschen Flottenstützpunkten zu machen, natürlich um Deutschland den Portugiesen zu empfehlen!

Auf der weiten Wasserfläche des Atlantischen Meeres erscheinen die Azoren, 1400 Kilometer westlich von Lissabon und 3750 Kilometer östlich von New York, als die einzige geographisch selbständige Inselgruppe. Die neun Inselchen sind zusammen nicht viel größer wie das Herzogtum Anhalt, zählen knapp 260,000 Bewohner, waren schon den Karthagern und Normannen bekannt, werden von portugiesischen Abkömmlingen bewohnt und bilden portugiesischen Besitz.

Seit 1900 sind die Azoren (in Horta auf der Insel Fayal) ein Stützpunkt des deutsch-atlantischen Kabels Emden — New York. Dazu war Deutschland erst nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten, die England machte, gekommen. Schon Anfang der neunziger Jahre entdeckte man von Deutschland aus in den damals noch kabellosen Azoren einen geeigneten Stützpunkt für ein deutsch-atlantisches Kabel, verhandelte darüber mit Portugal, verhieß ihm auf Verlangen die Anlage eines Zweigkabels nach Lissabon und stand vor festen Abmachungen, als englische Ränke dazwischen traten. Die Kabelkonzession wurde 1893 einer englischen Gesellschaft gegeben, die das Kabel Fayal—Lissabon legte, aber die Fortführung nach New York unterließ. In diese Verpflichtung trat Deutschland ein und erteilte an Felten & Guillaume in Mülheim 1894 die Konzession zur Legung eines deutsch-amerikanischen Kabels über England und die Azoren. Allein England verweigerte rundweg die Erlaubnis zu dessen Landung an irgend einem Punkte der englischen Küste, und auf englische Veranlassung lehnte es auch Portugal ab, die Weiterführung des Borkum-Vigokabels nach den Azoren zu gestatten. In London hoffte man, eine selbständige deutsch-amerikanische Kabelverbindung zu hintertreiben.

Indessen konnte man nicht hindern, daß Portugal sich schließlich mit einer unmittelbaren Kabelverbindung von Emden nach Horta einverstanden erklärte, das am 1. September 1900 in Betrieb gesetzt und Mitte 1904 durch ein zweites Kabel vermehrt wurde. Auch eine amerikanische Kabelverbindung (der Commercial Cable Co. in New York) geht über die Azoren. Dort sind sonach in erster Reihe Deutschland und die nordamerikanische Union interessiert. Nach einer Angabe der Londoner „Saturday Review“ soll man in Washington begehrliche Blicke auf die Azoren werfen.

Eine Befestigung der Azoren durch Portugal mit englischem Gelde würde die Lissaboner Regierung und die portugiesischen Inseln noch mehr als bisher in Abhängigkeit von England bringen, gleichviel gegen wen diese Befestigungen gerichtet sind, ob gegen Deutschland oder gegen die Union oder gegen beide. Die freundliche Einladung Londoner Blätter an Deutschland, über die Azoren zu verfügen, war nur eine Lockspeise; wären deutsche Blätter darauf eingegangen, so hätte man sie in Lissabon sogleich als ländersüchtige Friedensstörer verdächtigt.

Die Türken überlistet.

Rom, 10. April. — Gemäß einem von langer Hand vorbereiteten Plan ist heute eine starke Truppenmacht direkt von Italien in Tripolis gelandet und hat eine wichtige strategische Stellung an der libyschen Küste besetzt, während das italienische Geschwader die Aufmerksamkeit von der Operation durch ein Bombardement der türkischen Positionen um die Gegend von Zuara ablenkte.

Die Operation soll ein glänzender Erfolg gewesen sein und die Italiener nicht einen einzigen Mann verloren haben.

Ernste Lage in China.

Peking, 10. April. — Für den Zusammentritt des Koalitionskabinetts in Peking hat noch kein Termin vereinbart werden können, und bedenkliche Prophezeiungen sind bezüglich der dauernden Meinungsverschiedenheiten unter den verschiedenen Regierungsparteien im Gange. Es wird zwar kein erneuter Ausbruch von Feindseligkeiten gefürchtet, aber die Führer der verschiedenen Fraktionen zeigen sich außer Stande, eine fähige Regierung zu errichten.

Präsident Yuan Shi Kai hat die Drohung ausgesprochen, er wolle sein eigenes Kabinett bilden und eine andere National-Versammlung einberufen, falls die Delegaten nicht bis zum 21. April in Peking eintreffen, wird aber wohl kaum gleich zu solch' extremen Maßnahmen greifen.

Der Präsident legt der Kaiserin-Witwe dringend an's Herz, sich jetzt nicht von Peking fort und nach dem Sommerpalast zu begeben; augenscheinlich, weil er fürchtet, jede Bewegung der kaiserlichen Familie könne einen neuen Ausbruch hervorrufen.

Die Mitglieder der Regierung sind allerdings in verschiedenen Punkten uneinig, doch ist man in chinesischen Kreisen und unter den ausländischen Diplomaten der Ansicht, daß der wahre Grund der schlimmen Lage in dem Mißtrauen der Leute aus dem Süden liegt, die sich nicht nach Peking getrauen, wo immer noch die Truppen — wenn auch unter Wahrung von Disziplin — die Situation beherrschen, und der Geschäftsverkehr nur von kleinen Händlern wieder aufgenommen ist.

Die Vertreter des Südens wollten eine Leibwache von mehreren tausend Mann nach Peking bringen, doch machte Präsident Yuan Shi Kai dagegen den Einwand, daß die Anwesenheit der südlichen Truppen in der Hauptstadt eine Quelle von Gefahr sein würde.

Der chinesische Gesandte in St. Petersburg, Lou Tseng Tsiang, hat von dort aus telegraphisch den Posten des Ministers des Aeußern abgelehnt.

Graf Bernstorff erkoren?

Berlin, 10. April. — Die Verabschiedung des Staatssekretärs des Aeußern v. Kiderlen-Waechter wird angeblich innerhalb weniger Wochen zur vollendeten Tatsache werden. Laut telegraphischer Meldung aus Wien will die dortige „Allgemeine Zeitung“ von bestunterrichteter Seite erfahren haben, daß Herr v. Kiderlen noch im Laufe dieses Monats von dem Schauplatz seiner jetzigen amtlichen Wirksamkeit abtreten wird.

Das gleiche Blatt will auch über die Frage der Nachfolge vollkommen informiert sein. Es nennt den deutschen Botschafter in Washington, Grafen Bernstorff, als künftigen Staatssekretär des Aeußern.

Die Mitteilungen der „Allgemeinen Zeitung“ haben sich durch Erkundigungen bei hiesigen maßgebenden Stellen soweit nicht bestätigen lassen. Schon in der dritten März-Woche wurde, als die Unstimmigkeiten in den Regierungskreisen die Oeffentlichkeit beschäftigten, neben dem derzeitigen Botschafter in Konstantinopel, Freiherrn Marschall v. Bieberstein, als eventueller Nachfolger des Herrn v. Kiderlen auch Graf Bernstorff genannt.

Patriotismus kostet Geld.

Paris, 10. April. — Das heute in der Deputiertenkammer eingereichte Budget für 1913 zeigt die praktische Wirkung der Woge des Patriotismus, die sich gegenwärtig über Frankreich ergießt, und in zahlreichen Subskriptionen für die Schaffung einer großen Luftflotte und hunderten von öffentlichen Versammlungen im Interesse einer Stärkung der Wehrkraft des Landes zu Tage tritt. Die Voranschläge für nationale Verteidigung belaufen sich auf $16,000,000 mehr als im Jahre 1912.

Die Totalausgaben der französischen Regierung werden für das Jahr 1913 auf $932,933,000 veranschlagt, oder $33,340,400 mehr als in 1912. Von diesem Mehrbetrag werden $5,200,000 für soziale Reformen, besonders für Alterspensionen, verwendet.